

Erfurt, 13.08.2024

FDP Thüringen  
Liebknechtstraße 16a  
99085 Erfurt

## Wahlprüfsteine der FDP Thüringen für den Bund Deutscher Milchviehhalter e.V.

### Zu 1 (Preisgestaltung)

Wir Freie Demokraten in Thüringen vertreten seit Jahren den Slogan „Wer das Land ernährt, verdient Respekt.“ Wir stehen zu fairen, marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die das Interesse der Verbraucher an guter, vertrauenswürdiger Qualität im Lebensmittelsektor und das Interesse der landwirtschaftlichen Erzeuger an angemessenen, auskömmlichen und vor allem kalkulierbaren Preisen in Einklang bringen. Die Frage, zu welchem Preis Milchviehhalter ihre Milch ausliefern können, darf nicht zum Lotteriespiel verkommen. Insofern haben auch hier sowohl der Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir (Bündnis 90/Grüne) als auch die Thüringer Landwirtschaftsministerin Karawanskij (Die Linke) versagt.

Art. 148 der Verordnung 1308/2013 (GMO) ist entsprechend in Bundesrecht umzusetzen, Bundestag und Bundesrat haben bereits eine entsprechende Verordnungsermächtigung in das nationale Agrarmarktordnungsrecht eingefügt (§ 53 AgrarOLKG), die durch die zuständigen Stellen (BMEL, im Einvernehmen mit dem BMWi und mit Zustimmung des Bundesrates) nur noch genutzt werden muss. Durch eine entsprechende Verordnung kann daher jederzeit eine umfassende Vertragspflicht eingeführt werden – sowohl der grüne Agrarminister als auch der grüne Wirtschaftsminister sind folglich gefordert, ihre Hausaufgaben zu erledigen.

### Zu 2 (Tierwohl)

Tierwohl ist für Liberale ein Herzensanliegen, das wir mit der übergroßen Mehrheit unserer Landwirte teilen. Das Bild profitgieriger Landwirte, die ihre Tiere zur Gewinnmaximierung quälen, teilen wir ausdrücklich nicht. Dass es – wie überall in Wirtschaft und Gesellschaft – auch unter Landwirten schwarze Schafe geben kann, darf nicht einen ganzen Berufsstand in Misskredit bringen und überzogenen Vorschriften zeitigen.

Vielmehr setzen wir hohes Vertrauen in die Fachkunde und die ethisch basierte Arbeit der Landwirte in Thüringen. Das gilt sowohl für die konventionelle wie auch die ökologische Landwirtschaft. Bedarf an zusätzlichen, restriktiven Vorschriften

sehen wir kaum. Vielmehr muss es darum gehen, die Absatzmöglichkeiten unserer Landwirte vor allem auch für regionale Produkte zu stärken, die Wirtschaft insgesamt zu stärken, damit auch Verbraucher stärker in der Lage sind, zu hochpreisigeren Erzeugnissen zu greifen.

Eine Initiative der Thüringer FDP war unser kürzlich vom Thüringer Landtag angenommener Antrag zur mobilen Schlachtung (Drucksache 7/5310). Darüber hinaus wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe und regionalen Vertrieb auch im Bereich der Milchwirtschaft stärken, um so die Abhängigkeit von Monopolisten zu reduzieren. Plakativ ausgedrückt: Der Landwirt, der seine Milch an eine regionale Käsemanufaktur liefern oder in der Milchtankstelle verkaufen kann, ist der beste Beitrag zu Tierwohl in Thüringer Ställen. Apropos Milchtankstelle: Erschwernisse wie die Bonpflicht an Milchtankstellen sind ein überflüssiger und teurer Schritt in die falsche Richtung. Wir brauchen weniger und einfachere Bürokratie anstatt ständig neuer Schikanen und behördlicher Misstrauensbekundungen.

Die Thüringer FDP fordert für getätigte Investitionen zu mehr Tierwohl einen Bestandsschutz mindestens über die Dauer der Abschreibungsfristen. Ständig neue Vorschriften, die zu teuren Änderungen an Gittern, Stallungen und Technik führen, bevor sich die bisherigen Investitionen amortisiert haben, sollen nach unseren Vorstellungen der Vergangenheit angehören.

### **Zu 3 (Landwirtschaftlicher Bodenmarkt)**

Das vollmundig angekündigte Agrarstrukturgesetz der rot-rot-grünen Landesregierung war ein Rohrkrepiere. Es war juristisch wie inhaltlich schlecht. Vor allem aber hat die Landesregierung versäumt, im Vorfeld des Gesetzentwurfs alle Akteure an einen Tisch zu holen und zielführende Kompromisse auszuloten. Was bleibt, sind die verheerende Kritik des Bauernverbands und eine Ministerin mit leeren Händen. Es wird Aufgabe der künftigen Landesregierung sein, die Debatte zu einem Konsens zu führen.

Immer ein Interessenkonflikt bleiben wird der Widerspruch zwischen Maßnahmen des Umwelt-, Klima- und Hochwasserschutzes und dem berechtigten Interesse der Landwirtschaft, möglichst wenig Flächen zu verlieren. Auch wenn Landwirte selbst ein Interesse haben an besserem Hochwasserschutz, sind dies Dinge, die im Interesse der gesamten Gesellschaft liegen und nicht allein auf dem Rücken der Landwirte ausgetragen werden dürfen. Wir Freie Demokraten haben deshalb einen Gesetzentwurf zur Änderung des Wassergesetzes vorgelegt, der die Halbierung der Gewässerrandstreifen ermöglichen sollte, wenn zugleich durch geeignete Maßnahmen (z.B. Fanggräben) dafür Sorge getragen wird, dass Oberflächenwasser nicht direkt ins Gewässer fließt. Leider war bei den politischen Wettbewerbern hierfür keine Mehrheit zu finden.

### **Zu 4 (Strukturwandel – Vitalität der ländlichen Räume)**

Auch die hohe Technisierung der Landwirtschaft führt dazu, dass im ländlichen Raum nur noch ein Teil der Bevölkerung Lohn und Brot unmittelbar in der Landwirtschaft

finden kann. Dennoch benötigen florierende, landwirtschaftliche Betriebe auch vitale ländliche Räume, in denen sie Handelspartner, Arbeitskräfte, Dienstleister und ein lebenswertes Umfeld finden. Auch deshalb ist es die Grundauffassung der Thüringer FDP, Stadt und Land auf Augenhöhe zu bringen, indem Leerstand im ländlichen Raum wieder einer Nutzung zugeführt wird. Wir wollen Behörden in benachteiligten Räumen ansiedeln, anstatt bspw. die Hohenleubener JVA in Ballungsräume wie Zwickau zu verfrachten.

Wir wollen Unternehmen inspirieren, sich hier anzusiedeln. Das setzt aber auch voraus, den immer noch schleppenden Breitbandausbau in ländlichen Regionen zu forcieren und die sonstige Infrastruktur zu fördern. Moderner Netzausbau bis zur letzten Milchkanne ist für uns eine Selbstverständlichkeit und Verantwortung gegenüber unserer Landwirtschaft. Vitalisierung ländlicher Räume bedeutet auch, Entwicklungshemmnisse durch eine Liberalisierung des Zentrale-Orte-Systems zu senken.

Darüber hinaus geht es darum, durch die Unterstützung regionaler Vermarktung und Produktion ebenso wie durch regionale Schlachtung die Abhängigkeit von Monopolisten zu senken sowie zusätzliche wirtschaftliche Standbeine für Landwirte wie etwa im Tourismus zu schaffen. Beim Tourismus setzen wir auf eine zusammenhängendere Vermarktung. Wer in der Rhön, im Harz oder im Vogtland Urlaub macht, wird vor den Landesgrenzen nicht mehr Halt machen. Der Ausbau regionaler Destinationen bringt Tourismus voran.

Auch bei der Vergabe staatlicher und kommunaler Aufträge wie z.B. im Winterdienst sehen wir die Möglichkeit, durch vergaberechtskonformere, mittelstandgerechte, kleinere Losgrößen lokalen Unternehmen und Landwirtschaftsbetrieben die Chance einzuräumen, sich an Ausschreibungen zum Winterdienst zu beteiligen und so Personal wie Technik auch in der kalten Jahreszeit besser auslasten sowie Einnahmen generieren zu können.

Ein weiteres Wirtschaftsstandbein sehen wir für landwirtschaftliche Betriebe in der verstärkten Nutzung von Biomasse und Biogas in Verbindung mit lokalen Nahwärmenetzen oder auch Gaslieferungen an Industrie und Gewerbe und der Nutzung von Dachflächen für Photovoltaik. Die Nutzung von Feldern und Wiesen sollte für die Erzeugung von Solarstrom nicht erste Wahl sein, hier sehen wir Agriphotovoltaik als Vorzugsvariante an. Dabei favorisieren wir Anwendungsempfehlungen statt neue Vorschriften. Wir setzen uns dafür ein, dass Landwirte wieder ihrer ureigenen Arbeit nachgehen können, statt von Bürokraten davon abgehalten zu werden.